

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die nebengefaltene Nonpareillezeile 40 Pfg. — Ausland 50 Pfg.
2 Mf. — Für Nachdrucke Sonderpreis.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark.

Nr. 20

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petzka- u. Straße 86

2. Jahrgang

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

Die Eröffnung.

Am Sonnabend, den 18. Januar, ist in Paris die Friedenskonferenz eröffnet worden. Bereits um 2 Uhr nachmittags war, wie man uns aus Paris meldet, vor dem Ministerium des Auswärtigen eine große Menschenmenge versammelt. Zwei Kompanien Soldaten hatten vor dem Palais Aufstellung genommen. Es waren viele Journalisten, Photographen und Kinooperatoren eingetroffen. Um 2 Uhr 20 Minuten trafen die Friedensdelegationen ein und begaben sich nach dem Beratungssaal. Wilson erschien um 2 Uhr 25 Minuten. Das Militär präsentierte. Auf der Rampe des Palais begrüßte der Protokollführer Bosson den Präsidenten. Wilson hielt sich auf Wunsch der Journalisten einige Augenblicke auf der Treppe auf und ließ sich photographieren und filmen. Der Minister des Auswärtigen Pichon begrüßte Wilson durch Händedruck. Poincaré trat um 3 1/2 Uhr ein und wurde ebenfalls offiziell begrüßt.

Um 3 Uhr 30 Minuten betrat Poincaré den Saal und nahm den Hauptplatz an dem hufeisenförmigen Tische ein. Neben ihm ließen sich die amerikanischen Delegierten und Wilson nieder. Rechts von Poincaré nahmen Lloyd George und die englischen Delegierten, links von ihm die übrigen Friedensdelegierten Platz, deren Zahl im ganzen 72 beträgt.

Poincaré hielt eine Ansprache, die von den Friedensunterhändlern stehend angehört wurde. Die Rede wurde von einem Dolmetscher in englischer Sprache wiederholt. Darauf verließ Poincaré den Saal, nachdem er sich von Wilson durch Handschlag verabschiedet hatte.

Der Präsidentenstuhl nahm Clemenceau ein und teilte mit, daß auf der Tagesordnung die Wahl eines ständigen Vorsitzenden stehe. Wilson schlug die Wahl Clemenceaus vor; den Antrag unterstützten Lloyd George und Sonnino, Clemenceau aber ließ darüber abstimmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag, daß für jede der fünf Großmächte ein Vizepräsident gewählt wird. Zum Generalsekretär wurde Sekretär Dufast bestimmt. Jeder Staat wird einen Sekretär haben. Darauf wurde beschlossen, aus der Mitte der Vertreter der Ententemächte ein Redaktionskomitee zu wählen.

Clemenceau dankte für die Wahl und sagte: Wir wollen eine Wiederholung der Katastrophe vermeiden, die die Welt mit Blut bedeckt hat. Wir haben jetzt nicht über den Frieden der Gebiete, sondern über den der Völker zu entscheiden. Vermögen wir uns, dies Programm rasch und gut zu verwirklichen. Weiter erklärte Clemenceau, daß er in der Frage der Kriegsschuld die Meinung hervorragen der Rechtskenner eingeholt habe und jeder Delegierte ein Exemplar ihres Berichtes erhalten werde; des weiteren kündigte er einen Bericht über die Verantwortung an, die während des Krieges entstanden ist, und einen Bericht über die internationale Gesetzgebung in der Frage der Organisation, worüber jeder Staat eine Denkschrift vorlegen wird. Die Frage des Völkerbundes steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Da sich niemand von den Delegierten zum Wort meldet, schließt Clemenceau die Sitzung.

Nach der Sitzung sprach Clemenceau mit Wilson, Lloyd George und Sonnino.

Die Rede Poincarés.

Paris, 20. Januar, (P. A. T.)

Am Sonnabend nachmittag eröffnete Präsident Poincaré die Friedenskonferenz mit einer Rede, in der er unter anderem sagte:

Meine Herren! Frankreich begrüßt Sie. Frankreich hat ungeheure Opfer getragen, ohne die geringste Schuld an dem Unglück zu haben, das einen Umsturz in der Welt hervorgerufen hat. In dem Augenblick, da alle Prüfungen und Schrecknisse aufhören, können und sollen alle Mächte, die hier vertreten sind, das Recht haben zu sagen, daß sie keinen Anteil an diesem Verbrechen haben, aus dem unsägliches Unglück entstanden ist.

Sie sind dazu berufen, die Ruhe und die Gerechtigkeit wieder herzustellen. Da keines der Völker, das Sie hier vertreten, Anteil an der Ungerechtigkeit hatte, kann die Menschheit Ihnen Vertrauen schenken. Die Handlungsweise und die Absichten des Feindes sind heute klar festgelegt. In der Hoffnung, die Hegemonie in Europa, und dann diejenige über die ganze Welt zu gewinnen, schmiedeten die Zentralmächte einen abscheulichen Plan, um sich über die Leiche Serbiens den Weg nach dem Osten und, die feierlichsten Verpflichtungen ablehnend, über die Leiche Belgiens den Weg nach dem Herzen Frankreichs zu bahnen. Damals bereiteten die vereinten Anstrengungen Englands, Frankreichs und Russlands jene tollen Vorläufe und nach vielen Wechselungen des Schicksals sind diejenigen durch das Schwert umgekommen, die mit dem Schwert herrschen wollten. Die Schuld müssen sie sich selbst zuschreiben, ihre eigene Verblendung hat sie vernichtet.

Poincaré legte darauf die Ursachen dar, die die einzelnen Staaten zum Eintritt in den Weltkrieg bewogen haben, und sagte: Italien, das von Anfang an die Unterstützung des deutschen Ehrgeizes ablehnte, hat sich gegen seinen Urfeind erhoben und ist gegen die künstlichen politischen Kombinationen aufgetreten, die die Freiheit der Völker vollkommen ausschließen.

Weiter sprach Poincaré über die Entscheidung, die die Vereinigten Staaten unter der ehrenwürdigen Leitung Wilsons getroffen haben: Von Nord bis Süd erlitt die Neue Welt vor Enttäuschung, als sie sah, daß das alte Kaiserreich den Krieg entfesselt hatte, ohne herausgefordert zu sein und ohne genügende Gründe zu haben und ihn mit Verwüstung, Raub und Mord weiterführte. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war etwas mehr als ein Kriegs- und politisches Ereignis. Es war ein mächtiges Urteil, das im Angesicht der Geschichte von dem weiten Bewußtsein eines freien Volkes und seines ersten Beamten geteilt wurde. Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte ausgerüstet und ein großes Heer aufgestellt, als es sich um den Schutz der Freiheit der Ideale handelte, auf die immer heftiger der Schatten des kaiserlichen deutschen Adlers fiel. Diese Truppen gingen über den Ozean, um Europa vor der Erniedrigung und dem Joch der Sklaverei zu schützen.

Als der Kampf sich auf der ganzen Erde ausbreitete, gelangten die Klagen der unterdrückten Völker und Hilferufe an unsere Ohren, kamen diese Völker uns sogar zu Hilfe. Das vom Tode erkrankte Polen sandte uns seine Truppen. Die Tschechoslowakei erwarb sich in Sibirien, in Frankreich und in Italien die Unabhängigkeit. Die Jugoslawen, die Armenier, die Syrier und die Araber vom Libanon, alle diese unterdrückten Völker wandten sich an uns, als an ihre natürlichen Beschützer. Auf diese Weise wurde der Krieg, der anfangs nicht günstig stand, immer gewalttätiger und verwandelte sich in einen Kreuzzug in vollster Bedeutung dieses Wortes. In unserem Schmerz erfreute uns nur das eine, daß unser Sieg ein Sieg des Rechts sein wird und der Sieg ist heute vollkommen, da der Feind um Waffenstillstand gebeten hat, um den bereits unvermeidlichen militärischen Zusammenbruch zu vermeiden. Ihre Sache ist es, meine Herren, aus diesem Sieg im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens die Konsequenzen zu ziehen.

Sie waren der Meinung, daß die Friedensbedingungen festgelegt werden sollen, ehe sie denen mitgeteilt werden, mit denen wir den Kampf geführt haben. Die Solidarität, die uns während des ganzen Krieges verband und zum Erfolg unserer Waffen verhalf, muß auch während der Verhandlungen und der Unterzeichnung des Friedens aufrechterhalten werden. Gleich nach Beginn des Waffenstillstandes waren Sie die Verfechter dieser unabwiesbaren Vereinigung, deren erhabener Dolmetscher Präsident Wilson wurde. In der Hilfe zur Verwirklichung dieser Rechte sehen Sie ihre Mission. Es wird sich nur um die Gerechtigkeit

handeln. Was die Gerechtigkeit ausschließt, das sind die Träume von der Deute, das ist der Imperialismus, das ist die Fabrikation nationaler Schöpfungen und der willkürliche Austausch von Provinzen durch die einzelnen Staaten, als ob diese Völker nur Figuren auf dem Schachbrett wären. Wenn Sie die Karte der Welt verändern wollen, so kann dies nur im Namen der Völker und nur unter der Bedingung geschehen, daß das Selbstbestimmungsrecht der kleinen und großen Völker frei geübt und mit den geheiligten nationalen und religiösen Rechten der Minderheit in Einklang gebracht wird. Allen den Völkern, die sich zu Staaten konstituiert haben, die sich mit ihren Nachbarn vereinigen, denjenigen, die sich in besondere Einheiten lösen wollen, und denjenigen, die ihren vom Tode erkrankten Traditionen entsprechend sich aufs neue organisieren, bemühen sie sich, die Unterstützung zur Sicherung ihres moralischen und materiellen Daseins zu bieten. Wenn Sie es auf diese Weise in der Welt zu einer möglichst engen Harmonie auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge bringen werden, werden Sie einen allgemeinen Völkerbund einrichten, der die größte Garantie gegen neue Angriffe auf das Völkerrecht bieten wird. Er wird niemandem seine Tür verschließen. Sein Hauptwerk wird es sein, im Rahmen der Möglichkeit eine Wiederholung dieses Krieges unmöglich zu machen. Sie werden sich vor allem darum bemühen, durch den Frieden der Gerechtigkeit Hochachtung zu verschaffen und auf diese Weise wird die Erhaltung des Friedens weniger Mühe kosten, da Gerechtigkeit der sicherste Grund seiner Dauer ist.

Vor genau 48 Jahren wurde das deutsche Kaiserreich am 18. Januar 1871 von der Invasionsarmee in Versailles proklamiert. Dort hat sie den Raub zweier französischer Provinzen angeordnet. Dieses aus Unrecht geborene Kaiserreich ist schmählich untergegangen. Es haben sich hier nur die Mächte versammelt, die das Unglück wieder gutmachen, das durch Gewalt begangen wurde. In Ihren Händen, meine Herren, ruht die Zukunft der Welt. Ich erkläre die Konferenz für eröffnet.

Eine mittelnorddeutsche Bundesrepublik.

Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungsaustrausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens mit folgender Abgrenzung gegangen werden kann. Vom hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichsten Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch preussisches Gebiet über die Göttinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte des Kreises Holzminden, und von dort weiter gehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu.

Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine kantonale Verfassung ähnlich der schweizerischen vor, worin die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preussischen Staatsverbande ausschließenden Gebiete als selbständige Kantone gelten. Zur Konstituierung der neuen Republik schlägt die braunschweigische Regierung vor, daß die bevollmächtigten Landesregierungen beziehungsweise die bevollmächtigten Arbeiter- und Soldatenräte der drei Republiken und der preussischen Gebiete sich in Braunschweig versammeln, über die Errichtung der Bundesrepublik beschließen und einen provisorischen Ausschuß bestimmen, der die Leitung der Republik übernimmt. Die Braunschweiger Arbeiter beabsichtigen mit der Errichtung einer Bundesrepublik nicht nur eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft

mit ihren Nachbarn. Ihr Ziel ist höher: Sie möchten mit ihren Nachbarn in einen innigen Freundschaftsbund eintreten. Die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten sind fest entschlossen, die Kassen zu beseitigen, mit denen die bisher herrschenden Klassen die Arbeiter belegt hatten. Sie sind aber auch ebenso fest entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuwehren und Bestrebungen, welche sich gegen die Lebensbedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, welche in gleicher Lage sind, seine brüderliche Hilfe für jeden Fall eines Angriffs an und bittet, sich im Falle einer Bedrohung an seine Nachbarn mit der Bitte um Hilfe wenden zu dürfen.

Der Aufruf schließt: Es tut Not! Es gilt, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

„Oberschlesien den Oberschleslern“.

Durch die spartacistischen Wirren in Oberschlesien, die durch die Verhängung des Belagerungszustandes wesentlich eingeschränkt zu sein scheinen, haben selbstverständlich die Loslösungsbestrebungen in Oberschlesien, die auf Gründung eines ober-schlesischen Freistaates hingen, wesentlich an Boden gewonnen. Fast alle größeren Zeitungen des ober-schlesischen Industriebezirk bringen heute einen Aufruf des Zentralbureaus des Bundes der Oberschlesler in Randzügen, in dem es heißt: „Oberschlesien jeglicher Parteirichtung, schart euch zusammen zum Bunde der Oberschlesler mit der Parole: „Oberschlesien den Oberschleslern“.

Im einzelnen erstrebt der Bund insbesondere die sofortige Aufhebung der gesamten, gegen die Polen Oberschlesiens gerichteten preussischen Ausnahmegesetze, unverzügliche Einführung der politischen mit der deutschen Sprache vor den Gerichten, Behörden, Kirchen und Schulen jeder Art, unverzügliche Befreiung der Staatsämter mit Oberschleslern, die beider Sprachen mächtig sind und aus den in Oberschlesien vorhandenen Religionsbekenntnissen entnommen werden, in dem Verhältnis, als diese in Oberschlesien vertreten sind. Freiheit in den Religionsübungen, keine Trennung von Kirche und Staat, keine Einziehung der Kirchen- und Klöstergüter. Errichtung einer besonderen ober-schlesischen Delegation, deren Inhaber ein ober-schlesischer, doppel-sprachiger katholischer Geistlicher sein soll. Soziale Gesetzgebung, Arbeiterfürsorge, Hebung der Volksbildung. Anteilbarkeit Oberschlesiens im Falle der Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich durch die Friedenskonferenz. Die Gründung eines neutralen, selbständigen ober-schlesischen Freistaates mit einer aus gleichen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung und einer Verfassung, die insbesondere auch diesen Forderungen und dem Schutze der nationalen Minderheiten Rechnung trägt.

Bolschewistische Gefahr in Spanien.

„Daily News“ meldet aus Madrid: „Die Regierung ist sehr beunruhigt über die Erregung unter der Arbeiterschaft, die sich über ganz Spanien ausbreitet und vor allem in Katalonien und Andalusien sehr heftigen Charakter anzunehmen beginnt. In Katalonien ist in der Tat eine Anzahl Arbeitgeber ermordet worden. Die Täter blieben unerkannt. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Gefahr und läßt die Massen im Lande streng beobachten. Die konservative Presse fordert Repressalien, während die Blätter der Linken politische und wirtschaftliche Reformen empfehlen. Die Lebensmittelpreise nehmen stetig zu. Die außerparlamentarische Kommission, die für die Regierung in der Frage der Autonomie von Katalonien einen Bericht erstattet, hat ihre Arbeit noch nicht beendet, aber das was davon bekannt ist, findet jede Zustimmung. Die Konservativen unter Tato bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Fall in der ersten Cortessitzung erwartet wird. Premierminister Romanones hat bereits erklärt, daß er bereit ist, seine Entlassung zu nehmen, wenn eine starke monarchistische Kombination die Fäden der Regierung in die Hand nehmen will.“

Lokales.

Lodz, den 21. Januar.

Zur Rechtslage des Deutsch-ev. Landes- schulverbandes.

Der Deutsch-ev. Landesschulverband hat an den Herrn Minister für Volksaufklärung die folgende Zuschrift gerichtet:

An den Herrn Minister für Volksaufklärung
Warschau.

Am 27. November v. J. sprach eine Abordnung des Deutsch-evangelischen und des Deutsch-katholischen Landesschulverbandes in Polen beim Herrn Minister für Volksaufklärung vor, um aus Anlaß des politischen Umschwunges die Grundsätze erneut darzulegen, von denen sich die beiden Landes-schulverbände in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten leiten lassen, und zugleich um Abstellung verschiedener eigenmächtiger Uebergriffe nachgeordneter örtlicher Instanzen gegen Schulgemeinden der Landes-schulverbände zu bitten. In längerer Ausführung äußerte der Herr Minister, daß eine Anzahl von Schulgemeinden seinerzeit unter Mitwirkung der deutschen Okkupationsbehörden „mit Gewalt“ gegründet worden sei, daß aber in Betreff der deutschen Schulen in Polen vorläufig alles beim alten bleiben solle, bis die Gesetzgebung des polnischen Staates (Konstituante) weiterverfuge; in diesem Sinne werde der Herr Minister demnächst auch eine besondere Verordnung an alle staatlichen Bezirksschulinspektoren herausgeben.

Im Vertrauen auf diese ministerielle Erklärung richtete der Deutsch-ev. Landes-schulverband am 18. Dezember an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Gesuch des Inhaltes, es möchte der nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes „über Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten“ dem Deutsch-ev. Landes-schulverband zustehende, bisher regelmäßig geleistete Staatszuschuß möglichst noch vor dem 1. Januar 1919 ausgezahlt werden, wie dies auch im September v. J. dankenswerter Weise geschehen sei, da die besonderen Verpflichtungen der Schulgemeinden beim Jahreswechsel dies wünschenswert erscheinen lassen, damit der Landes-schulverband in der Lage sei, ihnen die nach dem rechtsgültigen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918/19 auf sie entfallende Staatsbeihilfe rechtzeitig zu übermitteln.

Am 11. Januar v. J. schickten wir an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Telegramm, worin wir mitteilten, daß uns der Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr noch nicht zugekommen ist und daß deshalb den Lehrern an den (etwa 500) Schulen des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes das Gehalt nicht ausbezahlt werden könne, wodurch diese Lehrer und ihre Schulgemeinden in peinliche Verlegenheit geraten. Wir baten in diesem Telegramm nochmals um Anweisung des Staatszuschusses bezw. anderweitige Verfügung. Da wir bis heute ohne Antwort blieben, nehmen wir an, daß weder unser Schreiben vom Dezember v. J. noch unser Telegramm vom 11. Januar an zuständige Stelle angekommen worden ist, und erneuern hiermit dieses unser Gesuch, da die betreffenden Lehrer bei der ohnehin sehr kärglich bemessenen Befolgung sich in der größten Notlage befinden. Zugleich knüpfen wir hieran, entsprechend dem Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes vom 3. Januar v. J. die ergebenste Bitte, es möchte der Landes-schulverband zustehende Staatszuschuß in dem Maße erhöht werden, daß auch die Gehälter der Lehrer an den angeschlossenen Schulen den bedeutend erhöhten Gehältern der Lehrer an den

staatlichen Schulen gleichgestellt werden können, wie es nach § 7 und 16 des Gesetzes „über die Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten“ und nach § 1, Abs. 3 der Satzung des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes rechtsverbindlich vorgeschrieben ist.

In den Kreisen unserer Lehrerschaft wie auch der Schulgemeinden ist nun eine starke Beunruhigung in Betreff der Rechtslage unseres Landes-schulverbandes durch die auf der erwähnten Hauptversammlung gemachte Mitteilung eines Lehrers eingetreten, wonach der Herr Minister der Volksaufklärung einer Lehrereingabe am 23. Dezember v. J. bestimmt versichert habe, daß „der Landes-schulverband in den nächsten Tagen durch ein besonderes Dekret aufgehoben werde.“ Diese Mitteilung hat sich, obwohl die Abordnung behauptete, vom Herrn Minister hierzu ermächtigt zu sein, als unrichtig erwiesen, und es konnte ihr umso weniger Glauben geschenkt werden, als sie in direktem Widerspruch mit der Erklärung stand, die unsere eigene Abordnung aus dem Munde des Herrn Ministers empfangen hat, und außerdem der Rechtszustand der beiden Landes-schulverbände auch nach der Auffassung des Herrn Ministers, wie sie aus seiner Äußerung unserer Abordnung gegenüber klar hervorgeht, unverändert ist, solange die gesetzgebende Körperschaft (Konstituante) des polnischen Staates eine neue Rechtsgrundlage schafft.

Nach unserer festen Ueberzeugung entspricht es nicht den Intentionen einer hohen Staatsregierung, Hunderte von Lehrern, die sich jederzeit als treue Bürger des neuen polnischen Staates bewährt haben, unverschuldetem Elend preiszugeben oder Hunderttausende von Bürgern dieses Staates in die Zwangslage zu versetzen, auf die elementarsten Schuleinrichtungen eines Kulturstaaes notwendige Einrichtungen zu verzichten, und wir bitten deshalb den Herrn Minister gütigst, veranlassen zu wollen, daß den beiden Landes-schulverbänden der Staatszuschuß überwiesen oder, wenn das aus irgend einem Grunde nicht geschehen sollte, gest. das Erforderliche veranlaßt werde, damit die gesetzlich und menschlich begründeten staatsbürgerlichen Ansprüche der unschuldig leidenden Lehrer baldmöglichst befriedigt werden können. Wir unterzeichneten Direktoren des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes nehmen zugleich die Gelegenheit wahr, unsere dem Herrn Minister noch im Dezember v. J. übermittelte Erklärung zu wiederholen, daß wir beide bereit sind, von unsern Posten als Leiter des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Erhaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutsamen Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanstrengung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf den uns das Vertrauen unserer Mitbürger berufen hat, wenn der Sache damit gebietet ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeutet wird, daß unser Ausscheiden allein die Gewähr bietet für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes die berufene Vertretung der Schulgemeinden, abgesehen von einer kleinen Gruppe von Lehrern, die um ihre persönliche materielle Existenz besorgt ist, einmütig für die Erhaltung des Deutsch-ev. Landes-schul-

verbandes als autonomer Organisation Stellung genommen hat.

Lodz, den 17. Januar 1919.

Die Direktoren des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes in Polen:
Korobi. Jliel.

Im Zusammenhang mit dieser Zuschrift bittet uns der schulteilnehmende Leiter des Deutsch-ev. Landes-schulverbandes, Direktor Korobi, um Veröffentlichung folgender erläuternden Äußerung:

Das obige Schreiben ist nicht persönlich an den jetzigen Minister für Volksaufklärung gerichtet, es wurde zufällig gerade kurz vor Abgang seines Amtes vorgängers abgefaßt. Die anderweitige Befestigung des Ministerpostens hat aber mit der Sache auch nichts zu tun, da es sich um eine Stellungnahme der obersten Unterrichtsbehörde als solcher handelt. Für den gegenwärtigen Vertreter des Amtes der Staatsregierung dürfte es indes von Wert sein, eine zusammenfassende historische Darstellung der Vorgänge zu erhalten. Er wird daraus, zugleich an der Hand der Akten, ersehen, daß der augenblickliche Rechtszustand des deutschen Schulwesens unbedingt einer Klärung bedarf, die keinen Aufschub erleiden kann. Der Deutsch-ev. Landes-schulverband ist seinerzeit — am 23. Juli 1917 — unter genauer Beobachtung der damals einzig und allein rechtsverbindlichen gesetzlichen Voraussetzungen gegründet worden, unter ausdrücklicher Zustimmung des Preussischen Polnischen Staatsrates. Die formelle Genehmigung erfolgte (am 12. September 1917) ordnungsgemäß durch den Generalgouverneur; dem Landes-schulverband wurde dadurch „die Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Korporation verliehen.“ Andere Vertreter der polnischen Staatsgewalt gab es damals nicht, als die beiden genannten zuständigen Faktoren der Gesetzgebung: Generalgouverneur und Staatsrat. Der Generalgouverneur hat sodann — im Oktober 1917 — die Unterrichtsverwaltung und das Schulwesen an besondere polnische Ministerien abgegeben; beide Zweige der Staatsverwaltung wurden von den polnischen Behörden auch übernommen, ohne daß diese dagegen Einspruch erhoben hätten. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtszustandes vollzog sich auch durch die Auszahlung des gesetzlich geregelten Staatszuschusses an den Landes-schulverband zum 1. April, 1. Juli und 1. Oktober 1918 von Seiten der polnischen Unterrichtsverwaltung. Es ist uns nicht bekannt, daß diese Auszahlungen etwa unter Protest erfolgt seien; ebensowenig, daß eine gesetzliche Änderung eingetreten sei, die in einem konstitutionellen Staate ja auch nur im Wege der gesetzgebenden Körperschaft, der Volksvertretung, denkbar ist. Diese einzig mögliche Rechtsauffassung machte sich auch der Minister für Volksaufklärung in unabweisbarer Form zu eigen, indem er der Abordnung des Landes-schulverbandes am 27. November v. J. erklärte, es werde „alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befiehlt“ und daß in diesem Sinne eine Rundverfügung an alle Bezirksschulinspektoren hinausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Dazutun, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Wenn nun trotzdem der fällige Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr (Januar bis März 1919) an den Landes-schulverband bisher nicht ausgezahlt worden ist, ohne daß andererseits der Landes-schulverband aufgelöst worden wäre, so steht uns dafür jegliche zulängliche Erklärung; sie wird ohne Zweifel von dem neuen Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung in kürzester Zeit gegeben werden. Die Auflösung des Landes-schulverbandes durch einfache Ministerialverordnung würde eine zum mindesten formale Rechtsbeugung bedeuten, der sich der Landes-schulverband zwar zu fügen hätte, aber natürlich nicht ohne Rechtsverwahrung, die die führenden

Männer füglich nicht nur sich selbst, sondern auch der von ihnen vertretenen Sache schuldig sind. Der Landtag wäre dann dazu berufen, über solchen Eingriff in seine Kompetenz von sich aus das letzte Wort zu sprechen. Wir sind jedoch vorläufig nicht berechtigt anzunehmen, daß der Herr Minister für Volksaufklärung sich zu einem so befehlsmäßigen Vorgehen entschließen könnte.

Die Auffassung, daß alle Verfügungen der Okkupationsmächte mit dem Augenblick der Uebernahme der gesamten Staatsverwaltung durch die polnische Regierung null und nichtig seien, ist unhaltbar. Denn folgerichtig wäre dann auch die Uebergabe der Staatsverwaltung selbst rechtswidrig, und es hätte somit auch die Uebernahme der Unterrichtsverwaltung durch das polnische Ministerium verweigert werden müssen. Ja noch mehr! Die Proklamation des selbständigen polnischen Staates war doch füglich auch ein Akt der Okkupationsmächte und ist weder vom polnischen Volk, noch von seiner berechtigten Vertretung abgelehnt worden. Daß die Umbildung der Staatsform und seiner Institutionen in den Rechtskreis der künftigen gesetzgebenden Körperschaft gehört, versteht sich allerdings von selbst. Wer es aber mit dem Wohlergehen des polnischen Staates gut meint, muß nur wünschen, daß sich diese Umbildung in solchen Formen vollzieht, die ein freundschaftliches, wenn nur möglich hergütliches Verhältnis der hauptsächlichsten Kulturträger im Lande dauernd verbürgt wird. Diese Neuordnung soll und darf nicht bloß einer vergänglichen Gefühlsaufwallung ihre Entstehung verdanken, aber das gefühlsmäßige Verstehen der beiden Völker ist doch ein Faktor, der nicht ausgeschaltet werden kann. Und den Boden dazu werden nicht in letzter Linie diejenigen vorbereiten, die von amtswegen berufen sind, dem Deutsch-tum in Polen seine geistigen Existenzmöglichkeiten zu schenken.

Lodz, 19. Januar 1919.

Luz Korobi.

Kirchengefangenheit der St. Johannis-gemeinde. Am Mittwoch, den 22. Januar, um 8 Uhr abends, findet die Jahresgeneralversammlung der Mitglieder des Vereins in der Kapelle St. 3 statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Berichterstattung über die letzte Versammlung, 2. Berichterstattung, 3. Entlassung des Vorstandes, 4. Neuwahlen, 5. Ballotage, 6. A. träge.

Trauerung. Heute um 7 Uhr abends findet in der St. Johannis-Kirche die Trauerung des Herrn Wilhelm Nag mit Frau Ida Daga Maurer statt. Wir bringen dem jungen Paare unsere Glückwünsche dar.

Vereinigung deutscher Wähler. Am Mittwoch, den 22. d. M., um 2½ Uhr nachmittags, findet im Konzertsaal (Dzielnistr. 18) eine Vollversammlung deutscher Wähler und Wählerinnen statt. Alle stimmberechtigten Wähler (Männer und Frauen) werden hiermit eingeladen.

Arbeitslosenfürsorge. Am Sonnabend fand unter Vorsitz des Ing. Wojciechowski eine Sitzung des Ausschusses für die Arbeitslosen für. Der Vorsitzende stellte den Anwesenden den Dilemma des Ministeriums für Arbeitsbeschaffung, Dr. Wierzbicki vor. Letzterer versicherte, daß sämtliche Arbeitslosen-Beschäftigung finden werden, wodurch die Arbeitslosigkeit in Lodz beseitigt werden wird. In Angelegenheit der Verteilung von Unterstüßungen in Naturalien wurde auf Antrag des Herrn Bürgermeisters Stulski beschloffen, sofort an den Minister für Arbeitsbeschaffung und öffentliche Fürsorge ein telegraphischer Gesuch um Ueberweisung von 2500000 R. für weitere Auszahlungen zu richten und um Zurückziehung der Verfügung betreffend die Verteilung von Unterstüßungen in Naturalien zu bitten, da dies vorderhand unausführbar sei.

Personen, die widerrechtlich Arbeitslosenunterstützungen erhalten haben, werden der Staatsanwaltschaft des Herz von Kinderlippen zur Ruhe geflüßt werden!

Es kam so, Frau Helga! Seit Monaten war ein Kind bei uns in Behandlung... ein Knabe von engelhafter Schönheit.

Er hatte keine Mutter! Der kleine Körper wies überall neben erschreckender Magerkeit Spuren schwerer Vernachlässigung auf.

Das Rückgrat war gekrümmt, die Beine gebogen, die Gelenke rhabditiß geschwollen — ein jammervoller Anblick!

Dies Kind wuchs mir noch mehr als die andern aus Herz — es hatte ja keine Mutter.

Alle Verordnungen führte ich selbst aus. Alle Wunder der Orthopädie veruchte ich unermüdet. Man zog mich auf, nannte der kleinen „Fräulein Doktor's Junge“, oder man freute sich mit mir der ersten schwachen Schritte.

Da, eines Tages ward mir der Vater des Kindes gemeldet. Ein großer Herr mit offenem, verständigen Gesicht stand vor mir und sah mich aus guten Augen dankbar an —

Aus dem einen Besuch wurden mehr, schließlich kam er allwöchentlich.

Und nun begann das Beobachtetwerden, das Führen und Voraussetzen — ich war aus meinem Frieden aufgeschreckt.

Unermüdet und ungewollt mußte ich aus diesem stillen Winkel wieder in die Welt zurück sehen...

Und ich fand mich noch mitten darin stehend, dazu gehörend — und begriff, daß es zum Auslösen noch zu früh sei. —

Fortsetzung folgt

„Genieße den Tag!“

Roman von Erika Riedberg.

(38. Fortsetzung.)

Fast seit sie denken konnte, hatte Eva Marie ein Tagebuch geführt. Sie war dieser Gewohnheit durch ihr ganzes ereignisreiches Leben treu geblieben.

Die gefüllten Bücher füllten sie ein — doch geschah es wohl, daß sie in Stunden der Einsamkeit von einem oder dem andern das Siegel löste.

In neuester Zeit vermied sie das Schreiben. Sie konnte nicht ein Blatt der letzten Aufzeichnungen lesen, ohne von Weh überwältigt zu werden... das konnte sie nicht gebrauchen... Sie mußte in ein neues Leben hinein.

Eva war nicht gerade kraftvoll, aber sie war gütig — und allmählich ging es denn.

Die Arbeit in dem Kinderhospital tat ihr gut. Sie wanderte sich selbst, wie viele Seiten noch in ihr angelagert werden konnten und wie hell die der Mütterlichkeit erklung.

Nach einer Zeit des Einlebens sagte sie sich mit aufbaumender Sicherheit: „Dies ist mein Arbeitsfeld.“

In eintöniger, ausgleichender Pflichtenfüllung war es Winter geworden.

Aus allen Fenstern sah man die weiße Herrlichkeit seines Reides.

Eva sah an ihrem Schreibtisch. Sie wollte die Stille einer freien Stunde für ihr Tagebuch benutzen.

Sie blickte veronnen vor sich hin. Das Bild, das aus der Vergangenheit aufstieg, ward klar,

denn der Tage Abstand zu ihr war nun groß genug.

Der letzten Monate Stille und gewisses heimliches Behagen brachten ein Genügen, in dem ihr Lebensstrom ruhig dahingegen — bis dann wieder etwas ihren Weg kreuzte, das ihr Schicksal — oder ihr Ruhepausen für immer werden sollte.

In einer ihrer plötzlichen Aufwallungen schob sie das Buch beiseite.

Nein, keine Aufzeichnungen für sie selbst — lose Blätter für Frau Helga sollten es werden — und von einer Art Heimatsfrieden, von Dank und Beichte sollten sie reden.

„Als wir vor Monaten auseinanderreisten, Frau Helga, wußte ich noch nicht, ob ich einen Weg aus jenen neuen Wirnissen finden könnte — Schlimmer: ich wußte nicht, ob ich oben bleiben oder untergehen würde.“

Ich hatte Grauen vor mir, und alles, was mich hinderte, mein Leben endlich einfach und klar zu sehen, war mir verhasst.

Ich konnte auch keines Menschen Hilfe mehr ertragen.

Zu sehr hatte ich mich in Ihre Hand gegeben, Frau Helga!

Denn als Sie mich aus meiner Schwachheit herausgehoben hatten, erwachte Widerstand in mir —

In uns beiden richteten sich die alten Gegenstände unserer Naturen auf und trieben uns auseinander.

Es ist wohl so, Frau Helga: Die Gegenwart des Menschen, der unsere Seele hülsenlos gelassen, erträgt man nicht dauernd.

Ich mußte fort! Ganz neu anfangen, wenn überhaupt noch etwas aus meinem Leben werden sollte.

bern auch
ind. Der
den Ein-
das letzte
nicht
für
Vor-
ungen
Augen-
erhaltung
nichtig
darauf
taver-
ig, und
me der
inistrium
ehr! Die
Staates
tations-
noch von
en. Das
seiner
ge-
allen-
Wohl-
muss nur
Formen
möglich
Stul-
b. Diese
vergän-
berdanken,
en Böf-
werden
in letzter
wegen be-
eifigen
n.
b. i.
hannis-
uar, um
ammlung
oftr. 3
Bin fi
epte Be-
lung d
6. A
findet in
des Herrn
er statt.
re Glä-
r. Am
r nach-
die Boll-
Wälerin-
Männer
end fand
e Signa-
ten stalt.
den Die-
ay, Dr.
famliche
worach
den wird.
fügungen
des Herrn
an den
Fürsorge
ung von
zu richten
betreffend
uralien zu
rallen zu
lofenunter-
atsanwahl-
ge geküßt
ns in Be-
angelhafter
neben er-
Bernach-
Beinchen
wollen —
als die
Rutter.
aus. Alle
ermülich.
en. Fräu-
e sich mit
Bater des
rständigen
aus guten
hr, schließ-
werden, das
as meinem
ich aus
Belt zurück
in stehend,
zum Aus-
g folgt

schaft übergeben. In der Angelegenheit der Fest-
setzung der Gehälter für die in den Büros des
Komitees Angestellten wurde beschlossen, daß letztere
ihre Forderungen stellen sollen, die dann dem
Ministerium zur Entscheidung übermittleit werden.
In der Zeit vom 4. bis 17. Januar wurden
2 neue städtische Bezirke sowie 3 Gemeindebezirke
(Madowogez, Komosolna und Komien) eröffnet,
so daß das Fürsorgekomitee für die Arbeitslosen
gegenwärtig 12 städtische und 5 Gemeindebezirke
beringt.

**Abendkurse am Rothertischen Gymna-
sium.** Am heutigen Dienstag von 5—6 Uhr spricht
Herr Direktor E. Follat über die Mineralquellen,
die Quellen der Energie in Polen, sowie als Ein-
leitung in die Volkshunde über die Urgeschichte,
frühgeschichtliche und geschichtliche Zeit. Von 6—7
Uhr findet der Vortrag des Herrn Dr. med. J.
Weinberg über Hygiene statt.

Zur Verpflegung der Stadt. Nach einer
längeren Unterbrechung begannen die städtischen Län-
den gestern mit dem Verkauf von Zucker an die
Bevölkerung, die keinen Kooperation angehören.
In den letzten 3 Tagen hat das Brot- und Mehl-
verteilungskomitee größere Sendungen Getreide aus
Ratib und Lomiz erhalten. In der Angelegen-
heit der regelmäßigen Versorgung der Stadt Lodz
mit Mehl begab sich gestern der Direktor der Brot-
zentrale, Herr Rubinik, nach Warschau.

**Die Delegierten der ehemaligen deut-
schen Beamten und Polizisten** sind, wie uns
mitgeteilt wird, aus Warschau zurückgekehrt. Ueber
die Art und Weise, wie den Vertrauensmännern
der Angestellten das Ergebnis der Vermählungen
in Warschau mitgeteilt werden wird, soll demnächst
in der Zeitung bekannt gegeben werden, da die
polnische Behörde weitere Versammlungen nicht mehr
brennig.

Theater und Konzerte.

Thalia-Theater.

Herrmann Sudermanns Schauspiel „Die
Ehre“, das in Lodz schon zahlreiche Aufführungen
erlebt hat, ging am Sonntagabend neu einstudiert
in Szene. Justus Wolfram Schottelius erwies
sich auch hier wieder als der individuell empfindende
Spieler, der nicht an der Schavone fliebt, son-
dern eigenes zu schaffen vermag. So bot dann
die Aufführung fassende Szenen. Willie Schm
zeichnete den charakteristischen Ehrenmann Robert
Heimede mit festen Strichen, Heinrich Nees spielte
den Grafen Traut sicher und gewandt und stand
namentlich in der beiden letzten Akten auf der Höhe
schauspielerischen Könnens. Martin Hofmann
brachte nicht den ständig polternden Vater Heimede
auf die Bühne, wie wir ihn vor Jahren gesehen
haben, sondern verlieh ihm vor der Gestalt eine eigene
Note. In Rufe Schubert-Jüngling (Frau
Heimede) hatte er eine Partnerin, die die unwissende,
alles entschuldigende Mutter recht gut darstellte.
Olga Wojan (Auguste) war ein echtes Berliner
Mädel, genau nach Ziele gezeichnet, und Mark
Tennenbaum (Maximilian) stand hierhin kaum
nach. Fel. Liders gab die lebensfrohe, sorglose
und vergnügungslustige Anna einwandfrei wieder
und auch die übrigen Mitwirkenden entledigten sich
ihrer Aufgabe mit vielem Geschick.

Der Beifall, mit dem die Aufführung aufge-
nommen wurde, war warm und herzlich. —ie—

Thalia Theater. Uns wird geschrieben: Am
Dienstag, abends 7 Uhr, wird „Das Drei-
mäderhaus“ Operette in 3 Akten, Musik von
Franz Schubert wiederholt. Mittwoch, abends
7 Uhr, geht die lustige Operette „Güldenstern“
zu 5 Einheitspreisen wiederholt in Szene. In Vorbe-
reitung für Sonnabend, abends 7 Uhr, „Die
Reise um die Erde in 4 Tagen“, Ausstattung
mit 1. Satz und 2. Satz in 11 Bildern, nach Julez
Verne, von Walter Wisnermann. Der Kartenvor-
verkauf für diese Vorstellung beginnt bereits am
Mittwoch.

Sonabend Halina Schmolz.

Mit zahlreichem Besuch lohnte das Lodzer Pa-
sikum der Konservektion Alfred Strauch die
dankenswerte Mühe, den hiesigen kriegsmäßigen
Speisegericht der Kunstgenüsse etwas reichhaltiger ge-
staltet zu haben. Ein „gehobener“ Variété Abend
konnte das Motto der Veranstaltung am Sonnabend
im Konzerthalle lauten.

Halina Schmolz, eine temperamentvolle,
anmutige Jüngerin Terpsichores, tanzte Kompositionen
von Chopin, Drigo, Rubinstein, Schubert, Glasunow,
Baklanow, Kaderewski. Als gute Spitzen-
tänzerin wiegte sie sich mit viel Lamut und Grazie,
ohne jedoch eine ausgeprägte persönliche Note
und viel eigene Auffassung zur Geltung zu bringen.
Gemeinsam mit ihrem Partner Peter Fejlich
hüpfte sie im Walze Caprice und im Bachanal leicht
und grazios wie ein Eselchen über die leider etwas
zu primitiv ausgestattete Bühne. Freude und Schmerz,
Sorglosigkeit und Triumphe verkörpernd, und so dem
Publikum die ewigen Sorgen des grauen Alltags,
das verdorrte Gabeln über die ungewisse Zukunft
und den Schrecken des alles lähmenden Terrors auf
kurze Zeit ins Meer der Vergessenheit versinken
lassend.

Zum Erfolg des Abends trug auch Josef
Arheim mit seinem neuen Warschauer Repertoire
bei, über dessen Leistungen am besten das Publikum
selbst urteilt. Daß es allgemein befriedigt war,
konnte er selbst am großen Beifall, in den er sich
mit den übrigen Darstellern teilte, am besten fest-
stellen.

Vereine und Versammlungen.

Der Männergesangsverein „Concordia“
hielt vorgestern nachmittag in seinem zeitweiligen
Lokal in der Ramovoststraße 29 seit Kriegsausbruch
zum ersten Mal wieder seine ordentliche General-
versammlung ab. Erschienen waren 1/2 der gesam-
ten Mitgliederzahl. Nach Verlesung der Protokolle
und Entlastung der alten Verwaltung wurde zum
Vorstand Herr Kajath berufen. Die Tätig-
keit und Rechenschaftsberichte sowie der Bericht der
Revisionskommission wurde ohne Einspruch zur Kennt-
nis genommen. Beschlössen wurde, die Vereinstätig-
keit wieder aufzunehmen und an den Sonntagen
nach dem 1. eines jeden Monats Sitzungen abzuhalten.
Die Wiederaufnahme der Gesangsstunden wird auf einer
der nächsten Monatsitzungen beschlossen werden.
Beiträge gelten bis zur weiteren Beschlusfassung
als freiwillige, eine Zahlungspflicht besteht nicht.
Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vor-
sitzender: Th. Gzworanski, 1. Vorstand E.
Gabl, 2. Vorstand A. Rose, Kassierer J.
Fritschkener, E. Kahlert, Schriftführer
Oskar Kahlert und R. Mann; Revisions-
kommission: J. Janik, E. Richter, S. Die-
senbach; Archivare: R. Schäfer und Fr.
Leitloff; Warte: R. Lange und R. Hoppe.
Nach dem Sängergesang „Gruß Gott“ fand die
Versammlung ihren Abschluß.

Eingelandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten unserer
Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes
nicht übereinstimmen.

Politische Briefe.

Der im ersten Briefe erwähnte Ausschuß hätte
das Parteiprogramm ausarbeiten und es einer
Versammlung seiner Anhänger vorlegen. Im
weiteren soll eine Reihe wichtiger Fragen beleuchtet
werden, zu der die projektierte Partei Stellung
nehmen muß. Es darf nicht außer Acht gelassen
werden, daß es nur meine persönlichen Ansichten sind.

IV.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Abhilfe.
Der Krieg hat ausgelöst. Ueber dem euro-
päischen Leichenfeld zieht Pulverdampf dahin und
Blut schreit gen Himmel um die Sühne segens-
reicher Arbeit und friedlichen Wirkens.
Wilde Krieger und Arbeiter ziehen heim. Zu
ihrer trauten Hütte am Walde oder im Felde kom-
men sie, oder zum rauchenden Schlot in der Fabrik-
stadt.

Doch welche Enttäuschung! In anderen Ländern
gab es eine mächtige Kriegsindustrie. Hierzulande
aber ruhten die Betriebe zumeist. Die Okkupanten
hatten Rohstoffe und Maschinenteile ausgeführt.
Wir haben von einer glorreichen Vergangenheit
eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen geerbt und
eine Reihe von Fabriken, die in ihrem jetzigen Zu-
stande nicht viel mehr sind, als Ruinen. Daher die
Schärfe der heutigen Arbeitslosigkeit, die ihres-
gleichen in Lodz nicht hat. Die Industrie kannte ihre
regelmäßig wiederkehrenden Zeiten der Arbeits-
losigkeit, die aus den industriellen Krisen stammten.
Bald arbeitete man mit Wasserdampf und konnte
nicht genug Arbeiter heranziehen, bald hatte man
„überproduziert“ und warf eine Menge Arbeiter auf
die Straße.

Auch schleichende Krisen kannte man, z. B. in
Erwerbszweigen, wo der Handwerker und die Haus-
industrie durch die Fabrikindustrie verdrängt wurde.
Doch zum erstenmal steht Lodz vor der Tatsache,
einerseits ein zahlreiches Proletariat zu besitzen und
andererseits eine völlig lahmgelegte Industrie.
Außerdem darf nicht vergessen werden, daß Lodz in
Zeiten akuter Arbeitslosigkeit immer damit rechnen
darfte, daß die Betriebe in absehbarer Zeit wieder
belebt werden. Man brauchte der Arbeiterklasse
also nur durch Almosen über die schlimmste Zeit
hinwegzuhelfen und konnte dann wieder den alten
Schlenker gehen.

Wie sieht es diesmal mit der Inbetriebsetzung
der Fabriken? Die polnische Großindustrie wurde
begründet, nachdem Rußland eine Schutzollgrenze
gegen Deutschland gezogen hatte. Die Waren konnten
den Wall nicht übersteigen, so kamen denn die
Betriebe herüber. Zweitens wurde im Jahre 1851
die Zollgrenze zwischen Polen und Rußland aufge-
hoben und der polnischen Industrie somit das rus-
sische Absatzgebiet geschaffen; damit war der Grund-
stein für den glänzenden Aufschwung der Stadt
Lodz gelegt.

Jetzt aber ist alles im Unklaren. Wird die
Entente eine Industrie in Polen zulassen? Sollte
dies nicht geschehen, so hätte das Land keine Ver-
wendung für seine Arbeitslustigen, deren Ueberfluß
in der Landwirtschaft nicht untergebracht werden
könnte.

Wie dem auch sei, bei der bestehenden Unklar-
heit können die Industriebetriebe der Arbeit be-
ginnen, da vorderhand der Warenabzug auf dem
eigenen polnischen Markte gesichert ist. Auch dem
Mangel an Rohstoffen und Maschinen könnte zum
Teil abgeholfen werden. Wenn wir nur nicht die
unruhigen Zeiten hätten, welche die Unternehmungs-
lust der Fabrikanten unterbinden! Und der Staat
oder eine andere Organisation kommt als Unter-
nehmer für unsere Textilindustrie einstweilen nicht
erlässlich in Betracht. Somit ist auf eine Wieder-
belebung der Industrie in allernächster Zeit nicht
zu rechnen.

Aus Obigem ergibt sich die Unmöglichkeit, im
gegenwärtigen Augenblick die Arbeitslosigkeit mit
den bisher hauptsächlich angewandten Mitteln zu
beseitigen oder wenigstens zu mildern.

*) Fortsetzung aus Nr. 16 der „Lodzjer Freien
Presse“.

Westeuropa kennt im Wesentlichen folgende Maß-
nahmen zur Abhilfe: die Selbsthilfe der Gewerk-
vereine, den Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenver-
sicherung, die Armenunterstützung und die öffent-
lichen Arbeiten. Die Selbsthilfe hat Großes geleis-
tet, doch kommt sie bei uns nicht in Betracht, da
unsere Gewerkschaften nicht die in langen Zeiträu-
men friedlicher und freier Arbeit gesammelten
Schätze besitzen, die für eine wirksame Unterstützung
ihrer Mitglieder notwendig sind. Der Arbeitsnach-
weis kann vielen helfen, doch bei dem ungeheuren
zahlenmäßigen Uebergewicht des Arbeitslosen über
die Arbeitsgelegenheit genügt er nicht. Die Arbeits-
losenversicherung setzt eine gediegene, erprobte staat-
liche oder städtische Organisation voraus. Auch ist
es notwendig, wie bei der Selbsthilfe, daß der
größte Teil der Versicherten arbeitet und nur der
kleinere Teil unterstützt wird, oder aber, daß große
aufgesparte Reservefonds vorhanden sind. Diese Vor-
aussetzungen fehlen.

Die gegenwärtig gehandhabte staatliche Unter-
stützung der Arbeitslosen fällt gänzlich in das Ge-
biet der Armenpflege. Man kann von einer Unter-
stützung in der Form der Versicherung in diesem
Falle nicht sprechen, da eben der Auszahlung von
Unterstützungen keine systematische Organisation mit
regelmäßigen Beiträgen der Beteiligten vorausging.
Eine jede Arbeitslosenunterstützung, der die Idee der
Versicherung nicht zugrunde liegt, ist aber als
Armenpflege angesehen werden, und ist als solche
immer erniedrigend und demoralisierend. Mit die-
ser Art Armenpflege hatten wir es 1911 während
der großen Arbeitslosigkeit im Winter des Jahres
1911 zu tun und wir haben damals ihre nachteiligen
Wirkungen beobachtet. Daß die gegenwärtig
ausgeübte Unterstützung demoralisierend wirkt, ist
von den Führern des Lodzer Arbeiterrats aner-
kannt worden.

Als einzig erfolgreiche Form der Ab-
hilfe bleibt also die Beschaffung von Arbeitsge-
legenheit durch öffentliche Arbeiten. Bei diesen müs-
sen die vielen Arbeiter beschäftigt werden, die ge-
genwärtig Armenunterstützung erhalten. Welch ein
Riesenmaß müssen aber diese Arbeiten erreichen,
um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.
Von der Größe der Aufgaben geben einige amt-
liche Zahlen Aufschluß.

Lodz erhält gegenwärtig 17.000 Familien mit
60.000 Familienmitgliedern. Davon sind 60 Proz.
oder 36.000 Personen eigentlich arbeitslos. Es
sind die arbeitsfähigen Ernährer, die jedem Ruf
zur Arbeit Folge leisten können. In drei Wochen
(Mitte Dezember bis Anfang Januar) haben sie
über 200.000 Mark an Geldunterstützung bekom-
men. Das klingt imposant, doch wie gering ist
diese Hilfe! Eine einzelne Person erhält nämlich
3 Mk. täglich, ein kinderloses Ehepaar 5 Mk., ein
Ehepaar mit 1 Kind 6 Mk., ein Ehepaar mit zwei
und mehr Kindern 7 Mk. Diese Summe ist die
höchste. Und das bei der bestehenden Teuerung!

Lodz mit den Nachbarortschaften Zduńska-Wola,
Łask, Sieradz, Kozłowski, Babianice, Zgierz, Kon-
stantynow, Alexandrow, die Landgemeinden usw. hat
im ganzen 150.000 Familienmitglieder zu ernähren.
Dabei hat der Zufluß von Kriegsgefangenen und
Arbeitslosen aus Deutschland noch bei weitem nicht
aufgehört.

Um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden,
müssen die besten Organisationskräfte aus Ost und West,
Süd und Nord herbeigerufen werden und keine na-
tionalen oder konfessionellen Unterschiede dürfen Ta-
lente ausschalten. Polnische Staatsbürger aller
Zungen würden gerechte Beschäftigung finden und
neues Leben würde aus den Ruinen blühen!

Schon früher sind in Polen öffentliche Arbeiten
angewandt worden. So z. B. hat der Lodzer chris-
tliche Wohltätigkeitsverein im Jahre 1911 von der
Regierung den Chausseebau nach Autumiersk über-
nommen. Auch heute hat die Regierung diesen
Weg beschritten. In Lodz werden im Frühjahr
die Kanalarbeiten beginnen, die unsere Ras-
sen und Zungen endlich von allerhand lieblichen
Düsten befreien sollen. Eine Chaussee Lodz—Agów,
über Chojnów, soll gebaut werden, der Berg auf der
Zaierzer Chaussee, bei Julianow, beseitigt die Tram-
bahn bis zum jüdischen Friedhof gezogen werden.
Man spricht auch von der Regulierung des Fluß-
systems im ganzen Lande, wobei Zehntausende von
Arbeitslosen beschäftigt werden könnten. Andere um-
fangreiche Chausseebauten sollen ausgeführt werden.
Drainagearbeiten wären angebracht. Kanäle, welche
das Flußsystem des Dniepr mit dem der Weichsel
verbinden würden, wären die Krone dieser Arbei-
ten, könnten sie doch die größte Zahl von Arbeitern
beschäftigen und das Schwarze Meer mit Danzig
verbinden!

Die eben zurückgetretene Regierung hat 250
Millionen Mark für öffentliche Arbeiten in ganz
Polen bestimmt.

Die geschaffenen Werke werden zwar nicht zu
denjenigen gehören, die unmittelbar gewinnbringend
sind und sowohl die Zinsen als auch die Amortisa-
tion tragen. Aber sie werden auf würdige Weise
Menschenleben erhalten, materielle Werte für Jahr-
hunderte schaffen und einen Kreislauf von Geld-
mitteln verursachen, aus dem sich Steuerquellen er-
geben. Sie werden die Kultur des Landes heben
und jeder Regierung die Dankbarkeit der Zeitgenos-
sen und der Nachwelt sichern.

Es ist aber bei allen Arbeiten äußerste Eile
geboten, denn es müßten sonst ungezählte Mil-
lionen Mark als Armenunterstützung hinausgewor-
fen werden, ohne daß entsprechende Werte geschaffen
würden. Zugleich könnte die soziale Frage nicht
im geringsten gemildert werden. Arbeitsgelegenheit
würde aber den Verzogenen neuen Lebensmut ein-
flößen und Verzweiflungsakten vorbeugen.

Alexis Birler.

Verehrter Herr Redakteur!

In Nr. 18 Ihres merkwürdigen Blattes befindet sich
ein Eingelandt, das, alle Formen einer sachlichen,
wenn auch scharfen Polemik verlassend, zu persön-
lichen Invektiven und Verdächtigungen greift, um
so, auf diese Weise, den Gegner, den man durch
Tatsachen nicht widerlegen kann, wenigstens in den
Augen Anderer zu bewirken und herabzusetzen.

Der Geist einer solchen Polemik charakterisiert
sich den Angreifer selbst und reißt ihm die Maske
von seinem sittlichen Antlitz. Es gibt Beleidigun-
gen, sagt der französische Moralist La Fontaine,
auf die ein Ehrenmann nicht antworten darf.

Ich muß mich daher nur darauf beschränken,
die sachlichen Entstellungen und Ungenauigkeiten zu
korrigieren:

1. es wurden nicht die „besten“ Männer der
Lodzjer Gesellschaft angegriffen;
2. meine ganze Tätigkeit im Wahlausschusse
hatte Einigung und nicht Zerplitterung zum Ziele;
3. ich fühle mich nicht berufen über das hiesige
Deutschtum zu Gericht zu sitzen, sondern nur über
1/2 Duzend Männer, die, mögen sie sonst ganz
ehrenwerte Persönlichkeiten sein, durch ihre frühere
öffentliche Arbeit dem hiesigen Deutschtum, also
auch mir, einen großen politischen Schaden zugefügt
haben; denn wir sind politisch diskre-
ditiert;
4. ich habe nie Artikel „gelegentlich der Wieder-
einnahme Lembergs durch die Russen“ veröffent-
licht; jedes Wort darüber ist eine direkte und böss-
willige Entstellung der Wahrheit; ich fordere den
Autor jenes Eingelands auf, mir Nr. und Jahr-
gang der Zeitung zu nennen, in der diese Artikel
erschienen sind;
5. der Umstand, daß sich der Autor mit dem
Namensschilde einer ganzen Partei deckt, genügt
mir vollkommen;
6. für alle persönlichen Beleidigungen habe ich
nur eine Antwort: direkte und aufrichtige Ver-
achtung.

Eduard Habermann.

Aus der Umgegend.

Alexandrow. Wahl des Gemeindevor-
rats. In den diesen Tage in der Städtischen
Fabrik unter Vorsitz des Gemeindevorstandes be-
staltigte Gemeinderatswahl des Gemeinderats hat wie-
derum ein großer Teil der wahlberechtigten Be-
völkerung der Gemeinde insofern der bei der Bogt-
wahl vorgekommenen Zwischenfälle nicht teilgenommen.
Dieser Umstand hat seinen Einfluß auf die Zu-
sammensetzung des Gemeinderates geltend gemacht;
in ihn wurden gewählt: 14 Polen, 3 deutsche Land-
bewohner und 1 Jude. Man beabsichtigt gegen die
Wahl beim Kreiskommissar Einspruch zu erheben
und um die Anberaumung einer Neuwahl nach dem
Grundlag der Gleichberechtigung aller Bürger ohne
Unterschied der Konfession zu bitten.

Protest gegen die Bogtwahl. Ein
großer Teil der hiesigen Bürger hat an den Lodzer
Kreiskommissar einen schriftlichen Protest gerichtet,
in dem auf die nicht ordnungsgemäße und den
Vorschriften zuwiderlaufende Bogtwahl hingewiesen
und um Anberaumung einer Neuwahl gebeten wird.
Gleichzeitig werden die Anwärter auf diesen ver-
antwortungsvollen Posten genannt.

Babianice. Versammlung der Eisen-
bahner. Wie aus einer Anzeige in dieser Num-
mer hervorgeht, werden alle ehemaligen Eisenbahner
der Station Babianice aufgefordert, zu einer
am 22. Januar, nachm. 2 Uhr, in Babianice,
Laskersr. 11, stattfindenden Versammlung zu er-
scheinen.

Aus Polen.

Lublin. Eintreffen einer italieni-
schen militärischen Gesandtschaft. Am
16. Januar traf hier eine aus Krakau kommende
italienische Militärmission mit dem Major Moselli,
drei anderen Offizieren und 40 Soldaten ein. Die
Mission war insofern der in dem Lubliner Militär-
bezirk befindlichen italienischen Kriegsgefangenen
Soldaten, die hier von den Oesterreichern unterge-
bracht worden waren, eintreffen, konnte jedoch gleich
wieder abreisen, da es sich herausstellte, daß nur
zwei italienische Kriegsgefangene Soldaten in Lublin
anwesend sind.

Czenstochau. Für das polnische Heer
haben sich im Laufe des Sonnabends 800 Frei-
willig gemeldet.

Letzte Nachrichten.

Um Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 20. Januar.

Die feindliche Artillerie beschoß Lemberg. An-
diesem ist die Lage an allen Fronten unverändert.

Chef des Generalstabes
Szepietcki, Divisionsgeneral.

Abordnungen bei Pilsudski.

Warschau. 20. Januar. (P. A. T.) Hier
ist eine Abordnung der Gebirgsbewohner aus Za-
kopane eingetroffen, die sich zum Staatschef begeben
hat. Desgleichen traf auch aus Zips und Oran
eine Abordnung der dortigen polnischen Bevölkerung
ein, die bei der polnischen Regierung wegen Entschä-
digung des polnischen Bodens vorstellig geworden ist.

Rekrutenaushebung in Polen.

Polen. 20. Januar. (P. A. T.) Der Oberst
Rolsrat in Polen erließ eine Verordnung, late
welcher die Jahre 1897, 1898 und 1899 den
polnischen männlichen Jugend zum polnischen Heeres-

dienst einberufen werden. Wer sich der Gefangenschaft entzieht, wird bestraft.

Polnische Regierungsvertreter in Paris.

Paris, 20. Januar. (P. A. T.) Der „Temps“ berichtet über das Eintreffen von Abgeordneten der polnischen Regierung in Warschau, der Herren: Dluski, Solonicki, Mittelmeister Wieniawa-Dlugoszewski und Professor Sujkowski. Die Abordnung wird von Clemenceau empfangen werden und mit der französischen Regierung diplomatische Beziehungen anknüpfen, um militärische Hilfe und Lebensmittel für Polen zu erhalten. Die Abgeordneten erklären, daß ihnen von englischen Offizieren die Mitteilung gemacht worden sei, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, einen Vertreter nach Warschau zu entsenden. Die Delegation wird sich mit dem polnischen Komitee in Paris in Verbindung setzen.

Ein Aufruf Masaryks.

Paris, 20. Januar. (P. A. T.) Der „Radical“ veröffentlicht unter dem Titel: „Der erste Aufruf Masaryks“ eine Botschaft des Präsidenten der tschechischen Republik, in der dieser die Tschechen, Polen, Kroaten und Italiener auffordert, zu eigener Sicherheit in enger Verbindung zu bleiben.

Die Deutschen und die Polen.

Paris, 10. Januar. (P. A. T.) Das „Journal des Débats“ fordert die Beilegung der Kämpfe zwischen den Polen und den Deutschen. „Echo de Paris“ berichtet, daß unter den Entente-Mächten in der Angelegenheit Polens noch kein vollständiges Einvernehmen herrscht, worüber dieses Blatt sein Bedauern ausspricht. „Temps“ schreibt, daß in dem Programm der Entente die Entsendung der 2. Division des Generals Haller und einer amerikanischen Division nach Danzig vorgesehen ist.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Der Zugverkehr in der Richtung Polen wurde eingestellt. Die Züge verkehren nur bis Deutschen. Der Schnellzug nach Thorn, Königsberg und Breslau wurde gestoppt auf Umwegen dorthin.

Wien, 20. Januar. (P. A. T.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet, daß die Deutschen bedeutende Truppenmassen zusammengezogen haben, die zum Vormarsch nach Osten bestimmt sind. Es soll sich angeblich um mehr als 60 Divisionen handeln. Noch diese Woche soll mit den Offensiven begonnen werden.

Eine französisch-englische Gesandtschaft in Krakau.

Krakau, 20. Januar. (P. A. T.) Auf Veranlassung des Generals Koch traf heute in Krakau eine französisch-englische Mission ein, bestehend aus dem General Barthelemy, Oberst Smith, Major S'Galle, Major Forehan, den Leutenants Delpeche und La Marque sowie 6 Unteroffizieren. Wie die hiesigen Blätter erfahren, hat die Mission den Auftrag, das polnisch-ukrainische Kampfgebiet an Ort und Stelle zu untersuchen sowie über die Einstellung des Blutvergießens während der Friedenskonferenz zu beraten. Von hier begibt sich die Mission nach Lemberg und von dort nach Warschau. Heute nachmittag hatte General Barthelemy eine politische Konferenz mit den Vertretern der hiesigen Parteien. Barthelemy unterstrich mehrermals, daß Polen von der Entente als Verbandsmacht aufgenommen worden ist und die Hilfe, die es benötigt, ihm zuteil werden wird. Die Entente wird Geschütze, Gewehre und Munition liefern, aber Polen muß sich Geschützwerke schaffen. Darauf fragte der General über die Lage in Grodno, ob schon das ganze Land erobert sei und versicherte zugleich, daß Feldmarschall Foch bei Abschluß des Waffenstillstandes die Versendung von Waffen und Truppen nach Polen über die deutschen Linien vorgesehen hat. Er unterstrich auch, daß die Polen einen Zugang zum Meer über Danzig, als Haupthafen, haben müssen. Durch Danzig kann Polen Verbindung mit dem Westen erlangen, was die politische Notwendigkeit erheischt. Die Polen können nicht zugleich an zwei Fronten kämpfen; es muß zuvor an der deutschen Front ein Ende gemacht werden, um so energischer dann auf die Bolschewiki dreinschlagen zu können.

Zur Friedenskonferenz.

Warschau, 20. Januar. (P. A. T.) Bei dem Büro zur Vorbereitung der Arbeiten für die Friedenskonferenz wurde eine strategische Militär-Sonderkommission ins Leben gerufen, die aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Generalstabes besteht.

Branting in Berlin.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Der Führer der schwedischen Sozialisten Branting hatte gestern Abend eine lange Beratung mit dem Führer des Freiwilligenregiments Obersten Rein. Während der Verhandlungen wurde die Frage der Lieferung von Lebensmitteln und Ausrüstungen, der Zurückhaltung der deutschen Kriegsmaschinen durch die Entente, der Auslieferung von landwirtschaftlichen Geräten durch die Deutschen, der Rückgabe der Kolonien und des Einmarsches polnischer Abteilungen in den Gebieten des ehemaligen Kaiserreichs berührt.

Das Wahlergebnis in Berlin.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Nach Mitteilern wurde nachstehendes Ergebnis der Wahlen festgestellt: Demokratische Partei Naumanns 44,137 Stimmen, sozialistische Mehrheit Scheidemanns 75,877, unabhängige Spartaciden Eichhorns 30,474, Deutsche nationale Volkspartei Larrens 23,374, Deutsche Volkspartei Kohls 12,790, Zentrum 11,961 Stimmen.

Gastbesuch gegen Eichhorn.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Das Wolffbüro meldet, daß gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Eichhorn ein Gastbesuch erlassen worden ist. Er ist verächtlich gegen die Verfügungen des Soldatenrats aufgetreten zu sein. Der „Totalanzeiger“ schreibt, daß Eichhorn schon darum festgenommen ist, weil er bemüht ist, ins Ausland zu entkommen.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Die gestrigen Morgenblätter der Spartaciden melden das Ergebnis der Leichenschau Liebknechts. Danach hat Liebknecht drei Kugeln erhalten: eine Kugel drang in die Stirn, die zweite in die rechte Brust, die dritte in den Oberarm. Alle drei Schüsse erhielt Liebknecht von vorn. Die Wunde in der Stirn wurde aus nächster Nähe verursacht.

Gegen die internationale Sozialistenkonferenz.

Paris, 20. Januar. (P. A. T.) Aus Bern wird gemeldet: Die Schweizer sozialistische Partei teilte der französischen und schwedischen sozialistischen Partei mit, daß sie sich weigert, einen internationalen sozialistischen Kongress in Bern zu organisieren.

Das neue ukrainische Kabinett.

Kiew, 20. Januar. Das Wiener Korrespondenzbüro meldet: Zum Kriegsminister wurde Grefow ernannt, zum Chef des Generalstabes Dschewski, zum Finanzminister Marton, zum Minister für jüdische Angelegenheiten Namulski. Die Regierung verfügte die Verfestigung sämtlicher Bankgeschäfte. Es ist dies eine Folge des Erlasses über die Verstaatlichung der Edelmetalle.

Warschauer Börse.

Warschau, 20. Januar.	19. Januar
4 1/2 % Pfandbriefe d. Landbank	203.00—50
5 % Pfandb. der Warz. Kred.-Ges.	194.50—00
6 % Anleihe Warz. 1915/16	199.25—50
6 % Anleihe Warz. 1917	—
100-Mrk.-Scheine	134.75—50—25
500-Mrk.-Scheine	134.00—75—135
	—00—133.75
Dinararubel	106
	106.00—50—75
Kronen	53.90—95—54
	53.50—60

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter:
Hans Kriesche, Ldz.

Thalia-Theater

Dienstag, den 21. Januar 1919:
Abends 7 Uhr.
„Das Dreimäderlhaus“
Operette in 3 Akten von Blücher und Reichert.
Musik von Franz Schubert.
Mittwoch, den 22. Januar 1919:
Abends 7 Uhr.
„Glückschwalben“
(Wo die Schwalben nisten...)
Operette in einem Vorspiel und 4 Akten von Raffner und Lorenz, Musik von Paul Linde.
In Vorbereitung für Sonnabend, den 25. Januar.
„Die Reise um die Erde“
Ausstattungsstück mit Tanz und Gesang in 14 Bildern von Walter Wassermann.

Wir bringen die traurige Nachricht, daß unser Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Nefin, der Webmeister

Robert Krüger

im Alter von 31 Jahren nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 Uhr vom Krankenhaus, Karola-Straße 28, aus auf dem alten katholischen Friedhofe statt.

Die trauernden Hinterbliebenen
in Ldz. West-Litowsk und Gletwisch.

Donnerstag, den 23. Januar 1919, um 7 Uhr abends
im Konzertsaal, Zielona-Straße 18:

Erster öffentlicher Vortrags-Abend der vorgeschrittenen Gesang- und Klavierschüler des Kapellmeisters Friedrich Tausig.

Das Programm enthält: Opernarien — von Mozart bis auf die Neuzeit, Verdi, Puccini usw. — Lieder, Konzertstücke für Klavier — Bach bis Debussy.

Preise der Plätze: von War 1.50 bis 7.00.
Kartenverkauf bei H. S. Rauch, Zielona-Straße.

Dr. med.
H. Roschaner

Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten
Zielona-Straße Nr. 9.
Sprechst. v. 8—1 u. v. 5—8 Uhr.
Damen v. 4—5 Uhr. 213

Spezialarzt
Dr. med. Weinberg

Herz- und Lungenkrankheiten
Cegielnianastraße 47,
Ede Wschodnia,
von 9—10 und von 5—7 Uhr.
Gew. Arzt in Dadow (Schweiz)
und Nervi (Ital. Riviera)

Dr. H. Schuhmacher

Haut- und venerische Krankheiten.
Empfängt von 4—7 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen
von 11—1 Uhr mittags
Wendyhtenstraße Nr. 1.

Dr. S. Kantor

Spezialarzt
für Haut- u. venerische Krankheiten
Petrikauer Straße Nr. 144.
Ede der ewangelischen Kirche
Behandlung mit Jodnatrium u.
Quarzlicht (Hautausfall). Elektrische
Möglichkeit. Krankenempf. von
12 u. v. 6—8, f. Damen v. 5—6.

Dr. med. W. Rohin

Petrikauer Straße 71
empfängt
Herz- und Lungenkrankheiten
von 10—11 und von 4—6 Uhr.

Spezialarzt
D. L. Prybucki,

Jawadzka 1 (Scheidlers-Neubau).
Haut- und venerische Krankheiten
und Männerkrankheiten.
Sprechstunde v. 9—2 u. v. 4—8 Uhr.
Damen v. 5—6 Uhr.

Sebamme
Nowakowska

ist verzeugen nach der
Zielona-Straße Nr. 34.
Empf. von 9—12 u. v. 3—6 Uhr.

Englisch

schnellste Ausbildung.
Wichtig für Emigranten.

Dipl. Sprachlehrerin,
Ziegelstr. 9. Part., Nr. 2.
9—1 und 4—8 Uhr.

Alle ehemalige Eisenbahner

der Station Babianice, die vor
dem 11. November v. J. ent-
lassen wurden, werden zu der
Verammlung gebeten, die am
Mittwoch den 22. Januar 2 Uhr
nachmittags in Babianice, Lasker
Straße 11, stattfinden wird.

Sohlenleder-
Ersatz,

beste Qualität, elastisch, stark, wasser-
dicht und wird mit Holzschlägeln wie
echtes Leder wichtig f.
Kooperativen sowie Schuhmacher.
Um sich von der guten Qualität
zu überzeugen, kann jeder als Probe
ein Paar Sohlen zu 4.50 Mark
erhalten

bei L. Kruglanski,
Ziegelstr. 26. Front. 2. Stod.
und A. Kriemann,
Dlugastrasse 23, Front. W. 6.

In der neu eröffneten
Buchhandlung

— Petrikauer 6, im Hofe —
sind sämtl. „Klaffter u. Perlas“
wie: Meyer und Brodka preis-
würdig zu bekommen. Keine ge-
brauchte deutsche, poln. und rum.
Schulbücher. 326

Heute: Premiere!

Die unvergleichliche italienische Darstellerin

Lida Borelli

Der Nachtfalter

Prunkvolle Ausstattung!

Glänzende Aufnahmen!

Künstlerische Musikbegleitung!

KINEMA

Zielona-Straße Nr. 2.

KINEMA
„CORSO“

KINEMA

Zielona-Straße Nr. 2.

Heute und folgende Tage! — Zum ersten Mal in Ldz!

„Die Hexe“

Herrliches Lebensdrama
in sechs großen Teilen
mit dem Liebling

Lotte Neumann

in der Hauptrolle.

Außer Programm: Die Eidesleistung der polnischen Truppen in Warschau am 13. Dezember 1918.

Drogerie

Arno Dietel, Petrikauer Straße 157.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis
8 Uhr abends. Sonntags bis
7 Uhr. Sonntags von 1—6 Uhr.

Zu kaufen gesucht

nachstehende Nummern der „Deutschen Lodzer Zeitung“:
1916; 115.
Angebote an die Geschäftsstelle der „Lodzer Freien Presse“
erbeten.

Zu verkaufen:

1 Dinoroma-Automat,
2 Apparate für Feuergefahr „Clou“, Industrie-Expre,
1000 Kuben Sand,
5000 Mauerzettel,
30 Doppelstühle,
8 Krenztüren,
1 Schraubstock mit Tisch, 2 Zentner kleine Scheiben,
15 Tonnen Zement,
1 Trocken-Ofen für Strumpfabrik,
verschiedene Werkzeuge.
Zu erfragen: Nowakowska-Straße Nr. 32 bei H. Fuchs.

Ein Eisendreher

für feinere Arbeiten sofort
zu haben. Nähmaschinen-Geschäft
Petrikauer Straße 69, im
Hofe. 346

Guthe Stellung

als Stütze der Hausfrau, als
Wirtschafterin oder irgend eine
Beschäftigung, hier oder auswärts
(auf Gutshöfen). Gest. Angebote
unter „A. M.“ an die Exped. d.
dieses Blattes erbeten. 342

Ein 10 Pferd. Kohöl-Motor

fast neu preiswert zu verkaufen,
dasselbst auch gutes

Bauholz

preiswert abgegeben, zu erfragen bei
Mühle, Ruzja bei Tomajow.

Zort mit dem Kettenhandel!

Für 7 Mk. bestellst du fertig
mit prima Kettenschnur die bestmög-
liche „Erfag“, Petrikauer
Straße 189. Derselbst sind auch
fertige Schnur zu Fabrikpreisen
zu haben. 232

Drei bis vier
Zimmerwohnung

mit sämtlichen Bequemlichkeiten per
Zut zu wohnen gesucht. Offerten
unter „A. B. 10“ an die Exped. d.
dies. Bl. erbeten. 327

Unmöbl. Zimmer

mit vollst. separ. Eing. und
Beleucht. im Zentrum der Stadt
von alleinst. Herrn für sol. zu
miet. gef. Off. an die Exped. d.
Bl. unter „T. B. 30“.

Wohnungsgeuch!

Gelucht zum 1. April zwei Zimmer
mit Küche, elektrischem Licht, Bad
u. allen Bequemlichkeiten. Zuschriften
unter „A. K. 17“ an die Geschäfts-
stelle der „Lodzer Freien Presse“
erbeten.

Am 13. Januar, Montag,

wurde auf dem Kaiserlichen Bahn-
hof in Ldz. ein Pfandbrief der
Wilnaer Bank auf 1000 Mk. mit
Kupon Nr. 216198 verloren oder
gestohlen. Es wird gebeten, den
Pfandbrief gegen Bezahlung von
100 Mk. an Dr. J. J. in der Pola-
Spartasse in der Petrikauer Str. 57
abzugeben. Der Verlust des Wert-
papiers ist angemeldet. 336

Ein deutscher Paß

auf den Namen Hugo Dietrich,
bzw. eine Kohlenkarte und rus-
sische Paß auf den Namen Co-
mund Dietrich und verschiedene
Papiere sind auf dem Wege zum
Kaiserlichen Bahnhof abhandelt
gekommen. Abzugeben: Wiesner-
Straße 28. 341